



Einheit oder Gespaltenheit?

© Thomas Trutschel / photothek.net / Deutscher Bundestag

Beim *Multinationalen Korps Nord-Ost* in Stettin durfte ich dieses Jahr zum Tag der Deutschen Einheit eine Festrede halten, die vielleicht ein wenig einordnet, was wir heute in Deutschland und Europa als Trennendes wahrnehmen:

Vor 70 Jahren wurden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Die ostdeutsche DDR und die westdeutsche BRD gab es gerade mal vier Jahrzehnte lang. Es wird also nicht mehr gar so lange dauern, bis die gemeinsame Geschichte mehr Jahre umfasst als die getrennte. Aber wie lange wird es dauern, bis alle Teilungsfolgen überwunden sind?

Das *Institut für Demoskopie Allensbach* hat vor ein paar Wochen erstaunliche Zahlen zur Identität der Deutschen in Ost und West veröffentlicht: „Während sich 71 Prozent der Westdeutschen in erster Linie als Deutsche und nicht als Westdeutsche sehen, identifizieren sich viele Ostdeutsche nach wie vor mit ihrem früheren Staatsgebiet: 44 Prozent sehen sich in erster Linie als Deutsche, 47 Prozent aber als Ostdeutsche.“

Gleichzeitig sind nach einer anderen Umfrage (Forsa) zwei Drittel der Ostdeutschen über 45 der Meinung, ihre eigene persönliche Lage habe sich gegenüber damals verbessert.

Trotzdem sieht wiederum nur ein Drittel der Ostdeutschen (Allensbach) die Entwicklung im Osten seit 1990 als Erfolg. Und drei Viertel meinen, es gebe nach wie vor große oder sehr große Unterschiede zu den Lebensbedingungen im Westen.

Das ist ernüchternd nach fast drei Jahrzehnten Einheit und Aufbau Ost. Woran kann das liegen? Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ist dieser Frage in einem Artikel für die Tageszeitung *Die Welt* kürzlich nachgegangen. Er weist unter anderem darauf hin, dass „die Bevölkerung in den neuen Bundesländern seit 1990 um ein Fünftel und mehr geschrumpft“ sei. Das stelle sich in etlichen mittel- und osteuropäischen Staaten ganz ähnlich dar: „2,5 Millionen Polen verließen seit 1989 ihr Land, etwa ein Fünftel der Rumänen und etwa jeder zehnte Bulgare.“

Und er zitiert den bulgarischen Sozialwissenschaftler Ivan Krastev, der sagt, „die Zurückbleibenden beherrsche eine

Angst vor dem ‚ethnischen Verschwinden‘. Das befördere Misstrauen gegenüber allem Kosmopolitischen und die Sehnsucht nach dem Schutz des Eigenen und Vertrauten hinter sicheren Grenzen.“ Wolfgang Schäuble schreibt, man mache sich häufig keine Vorstellung von den Verwerfungen, die die Menschen in den Staaten des ehemaligen Ostblocks erlebt haben. „Wer durch Glück in Westeuropa von ähnlichen Brüchen verschont geblieben ist, hat Anlass zu Demut und nicht zu Belehrungen.“

Das mag sogar im Verhältnis der West- und Ostdeutschen untereinander manchmal so sein. Wir müssen genauer hinschauen, wir müssen verstehen wollen und wirklich miteinander reden. Wir müssen auch mit denen eine Tasse Kaffee trinken und streiten, deren Ansichten für uns ganz und gar inakzeptabel sind.

Es hat sich auch im Inneren unserer Gesellschaften nach dem Ende des Kalten Krieges etwas verändert, das Anlass zur Sorge gibt. Innergesellschaftliche politische Konflikte erscheinen heute unversöhnlicher, die Polarisierung extremer, die Parolen härter. Demokratie steht unter Druck. In gewisser Weise korrespondiert dieser innenpolitische Klimawandel mit der sich ausbreitenden internationalen Konfrontationskultur.

Es wird ungemütlich, innen wie außen. Die globale Gesamttennendenz geht in Richtung Eskalation: Eskalation der Sprache, der Mittel, der Abgrenzungssymbolik. Nichts davon ist naturgegeben. Man kann es ändern, man kann den Trend umkehren. Mit Johannes Rau, dem früheren Bundespräsidenten: „versöhnen statt spalten“. Das erfordert Selbstbewusstsein, Klarheit und Geduld. Reden hilft, in der deutschen wie in der auswärtigen Politik. Erklären, zuhören, argumentieren, ausgleichen – aus einer souveränen Position der Stärke.

Wir müssen die kollektive Verteidigungsfähigkeit in NATO-Europa wiederherstellen. Präsenz und Stärke bilden das Fundament für verantwortliches, erfolgreiches Verhandeln in allen Krisen und Konflikten. Die Welt erwartet gerade von Deutschland viel. Unser Beitrag muss glaubwürdig sein, auch in der militärischen Konsequenz, wenn es um Bündnissolidarität geht.

*Hans-Peter Bartels,
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages*